

Ungarn und der neue Ausgleich.

Von einem ungarischen Politiker.

Der wirtschaftliche Ausgleich mit Oesterreich steht auf der Tagesordnung. Die industriellen und agrarischen Verbände verhandeln in Budapest seit Wochen über den Ausgleich, und seither haben wiederholt Beratungen zwischen den führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens Ungarns mit jenen Oesterreichs und Deutschlands stattgefunden. Auch die Presse, zumal im Deutschen Reiche, beteiligte sich an der Diskussion, ja selbst in Büchern und Vorträgen wurden die nationalökonomischen Beziehungen zwischen den Zentralmächten und deren Ausgestaltung eingehend erörtert. Daß eine derart weitgehende Debatte trotz der Zurückhaltung der Regierungen und der durch die kriegerischen Ereignisse direkt und indirekt hervorgerufenen Beschränkungen möglich war, beweist am besten, welche Wichtigkeit alle Beteiligten Kreise den wirtschaftlichen Fragen beimessen, die, unbekümmert um die militärischen und politischen Umwälzungen, ihre Erledigung heischen. Es sei denn auch schon heute gesagt, daß hervorragende ungarische Politiker den Entschluß faßten, die Ende dieses Monats stattfindende Tagung des Parlaments zu benutzen, um die Bedingungen, unter denen der neue Ausgleich mit Oesterreich geschlossen werden soll, zu präzisieren. Bei der Beratung über die Indemnität wird sich auch die Gelegenheit ergeben, den ganzen Komplex von Wirtschaftsfragen und darunter auch das zukünftige Verhältnis zum Deutschen Reiche in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen.

Die meisten Urteile aus Oesterreich und Deutschland über die bisherigen Verhandlungen der ungarischen Agrarier und Industriellen lauten jedoch nur in den seltensten Fällen zustimmend. In Oesterreich scheint man mit einem langfristigen, 20- bis 25jährigen Ausgleich gerechnet zu haben, und es gab sogar Stimmen, die von einem „Ausgleich ohne Ende“, einer verbesserten, beziehungsweise verschlechterten Fiskal Klausel sprachen. In Deutschland hinwieder scheint man sich der Erwartung hingegeben zu haben, daß die Zollunion leicht und rasch und unter allgemeiner Begeisterung ins Leben gerufen werden könnte. Die persönlichen Berührungen, die zwischen den Wirtschaftspolitikern Ungarns, einerseits und jenen Oesterreichs und Deutschlands andererseits stattfanden, erbrachten bereits den Beweis, daß diese Erwartungen nicht in Erfüllung gehen dürften, zum mindesten nicht so einfach und rasch, wie man in Wien und Berlin annahm. In den Spalten dieses Blattes äußerten sich in der jüngsten Zeit hervorragende ungarische Wirtschaftspolitikern über den Ausgleich mit Oesterreich und die Zollunion mit Deutschland, doch ohne Ausnahme lehnten diese Persönlichkeiten, die zum Teil Agrarier, zum Teil Industrielle, zum Teil Regierungsanhänger, zum Teil Oppositionelle waren, die vorerwähnten

Vorschläge ab. Doch aus diesem Umstand oder aber aus dem Umstand, daß die hier zu Wort gekommenen Männer des öffentlichen Lebens in ihren Ansichten auseinandergingen, darf niemand den Schluß ableiten, daß Ungarn sowohl Oesterreich wie Deutschland gegenüber bei der Vereinigung aller wirtschaftlichen Differenzpunkte ernste Schwierigkeiten machen möchte.

Der Kenner der tatsächlichen Verhältnisse wird im Gegenteil mit Genugtuung konstatieren, daß die Animosität von ehedem geschwunden ist und die populären Schlagworte von gestern ihre Zauberkraft verloren haben. Ist es nicht an und für sich schon kennzeichnend, daß die Mitglieder der Unabhängigkeitspartei, die sich in der „Zeit“ zum Ausgleichsproblem äußerten, dem selbständigen Zollgebiet wenig Worte widmeten und diesen wichtigen Punkt in ihrem Programm, wie überhaupt alle Separationsbestrebungen, jetzt nicht weiter verfolgen. Hinzuzufügen wäre, daß nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die wirtschaftlichen Korporationen, die jahrzehntelang für das selbständige Zollgebiet kämpften, derzeit einer Verlängerung des Ausgleiches mit Oesterreich nicht mehr widerstreben. Nur über die Form, nicht über das Wesen herrschen Differenzen, und wenn man in Ungarn im Rahmen des Ausgleiches gewisse Konzessionen anstrebt, so wird da wohl ein Kompromiß zu erzielen sein. Und hier muß gleich die Frage der Dauer des Ausgleiches angeschnitten werden. In Ungarn haben einzelne Persönlichkeiten einem Provisorium, andere einem höchstens zehnjährigen Ausgleich das Wort geredet, und in die Öffentlichkeit sind keinerlei Neußerungen gedrungen, die ein weiteres reichendes Zoll- und Handelsbündnis besfürwortet hätten. Trotzdem ist es eine — allerdings nicht vielen bekannte — Tatsache, daß die berühmtesten und respektiertesten ungarischen Wirtschaftspolitikern in den vertraulichen Konferenzen mit österreichischen und reichsdeutschen Staatsmännern ihre Bereitwilligkeit bekundeten, einen fünf- und zwanzigjährigen Ausgleich zu unterstützen, wenn Ungarn dabei auf die rasche und eheliche Erfüllung seiner Wünsche auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebieten rechnen könnte. Weiter sei aber bemerkt, daß zu diesen Wünschen die einst viel propagierte Zwischenzolllinie nicht mehr gehört. Im Bund der Industriellen wird wohl noch für diese Idee Propaganda gemacht — auch hat dieser Gedanke im Memorandum an die Regierung Ausdruck gefunden —, doch es kann konstatiert werden, daß Staatsmänner, wie Tisza und Weyerle, und Finanzkapazitäten, wie Ullmann und Lanczay, die Zwischenzölle verhorreszieren, weil der Schutz der ungarischen Industrie auf andere Weise erreicht werden kann und wird — insofern ein Ausgleich auf lange Frist geschlossen werden soll.

In Verbindung mit den Ausgleichsverhandlungen wird die Frage der Zollunion mit Deutschland hierzulande lebhaft erörtert, und dabei zeigt sich, daß man von einer Union absehen will, aber bei Respektierung der ungarischen Wünsche eine Bindung für fünf- und zwanzig Jahre auf der Basis von Vorzugszöllen akzeptieren würde. Gewiß ist der Gang der bisherigen Fachberatungen über die Wirtschaftsprobleme der Zentralmächte nicht so glatt und hemmungslos, wie man angesichts der Blutsbrüderchaft auf den Schlachtfeldern anfangs erhoffte, wer aber an die letzten Ausgleichskämpfe unter Weyerle und Szell zurückdenkt und die Leidensgeschichte des deutschen Handelsvertrages unter Fejervary noch nicht vergessen hat, wird zugeben müssen, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Ungarn in einer Weise änderten, über die man in Wien und Berlin nur Genugtuung empfinden sollte. Wenn die berechtigten Wünsche und Forderungen Ungarns erfüllt werden, wird der innigste wirtschaftliche Anschluß an Oesterreich und mit diesem an Deutschland viel rascher Ereignis werden, als manche Kritiker meinen, die bloß die Details zergliedern, die Hauptsache aber nicht sehen oder nicht sehen wollen.